

Sparkasse, bei dem eine 21-jährige Fußgängerin vom Auto einer 84-Jährigen tödlich verletzt wurde, sitzt tief. Da die Autofahrerin einen Rückstau im Gegenverkehr überholen wollte, regte Alexander Hertel von Aktiv für Sinsheim eine Ampelphase mit grünem Pfeil für Linksabbieger in Richtung Sparkasse an. Tatsächlich werde über die so genannte Z-Kreuzung zwischen Wilhelm-, Haupt- und Friedrichstraße verkehrsplanerisch viel nachgedacht, sagte Oberbürgermeister Jörg Albrecht; zurzeit in Form einer Simulation für einen Sparkassen-Kreisverkehr. Deren Erstellung sei aufwendig: „Allein das kostet schon 40 000 Euro.“

sich gestiegen. Problematisch auch wegen der vielen Kinder dort: „Kann man nicht etwas langsamer fahren?“, fragte Hassert, „ein Wunder, dass dort noch nichts passiert ist.“ Eine Chance auf Besserung sieht das Rathaus nun „aufgrund neuer gesetzlicher Regelungen bezüglich Zebrastreifen“, so Jörg Albrecht.

> **Das sieht nicht schön aus**, fand CDU-Rat Peter Hesch: Sperrmüllberge, die übers Wochenende in der Innenstadt auf ihre Abholung am Montag warteten, störten den positiven Eindruck, den das heitere Landstädtchen bei seinen Gästen erwecken wolle. Ob das Rathaus eine Möglichkeit habe, auf die Abfuhrtermine

Satzung ginge „viel Fläche verloren“. Das Regelwerk verlangt, dass private Bauherren ab einer Wohnfläche von über 40 Quadratmeter eine höhere Anzahl von Parkplätzen bereitstellen, als sie über das Baurecht gefordert werden kann. Dadurch soll in dicht besiedelten Gebieten auch das Parken auf öffentlichen Flächen eingedämmt werden. Nun befürchtet Riederer, dass mit Hilfe der Stellplatzsatzung städtische Kosten auf private Häuslebauer abgewälzt werden. Auf Dauer, findet er, „müssen wir endlich vom Auto wegkommen“.

> **Die Erde kommt wieder weg:** Mit großen Erdhaufen, die auf einem Brachen-

Schutz, „eine Zwischenlagerung“.

> **Holprige Angelegenheiten** finden sich entlang mancher Straße im Stadtgebiet, etwa in Form von Schlaglöchern und falsch eingesetzten Kanaldeckeln: CDU-Rat Jens Schellenberger hat beides entdeckt, ersteres in der Merian-, letzteres in der Friedrichstraße. Man werde sich darum kümmern.

> **Auf Antwort wartet** Marc Heinlein, CDU-Rat aus Hoffenheim. Er hatte sich bereits in einer vorangegangenen Sitzung über die mögliche Nachpflanzung einiger Bäume in seinem Heimatort erkundigt, bislang vergeblich. Jetzt sagte OB Albrecht: „Das liefern wir.“

## 90 Prozent ziehen einen Job dem Sofa vor

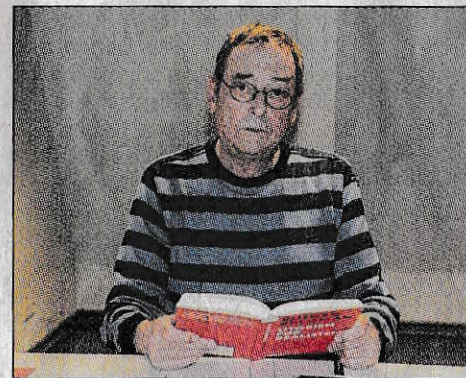
*Über bedingungsloses Grundeinkommen sprach der Volkswirt Peter Kaspars an der Volkshochschule Sinsheim*

Von Ulrich Brefka

**Sinsheim.** Bedingungsloses Grundeinkommen und Grundabsicherung: Klingt das nicht ein bisschen wie Leben im Schlaraffenland und paradiesischer Endzustand? Dass bei diesem Reizthema recht kontroverse Ansichten und Argumente aufeinanderprallen, versteht sich von selbst. So versammelte sich dann auch eine ansehnliche, thematisch wohl gerüstete Hörerschaft im großen Vortragsaal der Musikschule Sinsheim, um letzte Erkenntnislücken zu füllen. Der diplomierte Volkswirt Peter Kaspars, der bis zu seiner Pensionierung an einer kaufmännischen Berufsschule unterrichtet hat, stieg in seinen Vortrag mit der sich drängenden Frage ein: „Weshalb brauchen wir eigentlich ein bedingungsloses Grundeinkommen, wir haben doch schon Hartz IV?“

Der Unterschied sei evident, bemerkt Kaspars: Die geistigen Väter des revolutionär scheinenden Ansatzes, der Schweizer Ökonom Thomas Straubhaar sowie der

„dm“-Gründer Götz Werner, fordern ein vom Staat ausgeschüttetes „Bürgergeld“ (BGE) – und zwar für jeden ab Geburt, „repressionsfrei und voraussetzungslos“. Das erübrige alle anderen Sozialauschüttungen, wie Kindergeld, Wohnbeihilfe, BAföG und Rente. Es soll nicht nur von sozialer Not befreien, sondern freie Selbstbestimmung ermöglichen. Bei einer Befragung in der Schweiz hätten sich be-



Referent Peter Kaspars. Foto: Ulrich Brefka

reits 21 Prozent für dieses Modell erwärmen können, so Kaspars.

Das BGE soll rund 500 Euro mehr in die Tasche eines jeden „spülen“ als es bei Hartz IV der Fall ist, und vor allem auf hinzuverdientes Geld nicht angerechnet werden. Es soll damit nicht nur die physische Existenz absichern, sondern auch noch die Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben ermöglichen. Eine „Entkoppelung von Einkommen und Arbeit“, wie Werner sie fordert, wäre damit gewährleistet.

Aber, so lautet das Paradox: „Woher soll das Geld kommen, wenn die Mehrheit im Zuge fortschreitender Digitalisierung und ‚Industrie 4.0‘ nach und nach von Arbeit befreit ist und nach ihrem Gusto leben kann?“ Ganz einfach: Bereits angestellte statistische Erhebungen zeigten, betont Kaspars, dass sich etwa 60 Prozent weiterhin dem Arbeitsmarkt – gleich in welcher Funktion – zur Verfügung stellen und immerhin noch 30 Prozent in Teilzeit arbeiten würden. Lediglich etwa zehn Prozent stellten sich ein

dauerhaftes Leben auf dem Sofa vor. Also könnte das BGE zum einen mit vorhandener Einkommenssteuer gedeckt werden, zum anderen mit einer Konsum- oder einer erhöhten Mehrwertsteuer bei niedrigeren Nettopreisen der Wirtschaftsgüter.

Daran lässt sich unschwer erkennen, dass sich die Gesellschaft – wollte sie in dieser „Spielart“ funktionieren – ein fast perfekt ineinandergreifendes Räderwerk sein müsste, eine beispielhafte Solidargemeinschaft. Das immer noch stark vom Protestantismus bestimmte Arbeitsethos „do ut des“ – keine Leistung ohne Gegenleistung – müsse durch eine zeit- und entwicklungsgemäße „Work-life-balance“ abgelöst werden, postuliert der Volkswirt. Der unaufhaltsame demografische Wandel erfordere ein Umdenken.

Alles werde letztendlich von dem zugrunde liegenden Menschenbild abhängen, resümierte Kaspars: „Ist der Mensch von Natur aus faul und muss zum Arbeiten gezwungen werden, oder sucht er von Natur aus eine sinnvolle Tätigkeit?“